

Die Berliner Welt-Zeitung erscheint täglich (Sonntag nur morgens, Montag nur abends) Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich 2.25...

Hollens-Zeitung mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Abend-Ausgabe

Interaktionspreis für die Zeit 40 Pf. Stellenangebote und Gefunde... Haupt-Expedition: SW. Jerusalemstr. 46/49.

Redaktion: Jerusalemstr. 46/49. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W. Verlag: Druck Rudolf Wölfe, Berlin SW.

Man wittert Morgenluft.

Das Zentrum auf der Lauer.

Angesichts der reichhaltigen Versammlungspolitik hofft das Zentrum — schon längst nicht mehr im Stillen — auf die Rolle des lachenden Dritten. Die Beamtungsprobe, der die Wodopolitik durch Reichsfinanzreform und Wahlrechtsfrage gleich zu Beginn der parlamentarischen Tagungen ausgesetzt sein wird, gibt die nicht ganz unbegründete Voraussetzung der Hoffnungen her, und die Vorkämpfer der Regierung sind bereit, die Hände zu stärken dem Zentrum den Mut, indem sie seine Aufstiege verbessern. Wenn dieser Tage die „Gemanian“ mit höchstem Stolz auf die Unbetrefflichkeit der Machtquellen des Zentrums hinweist, so war das hypothetisch. Es hatte keinen anderen Zweck, als die Regierung in den Augen der Wähler zu stärken, daß alle sich für leicht und bald ein Ende haben kann. Dr. Bachem, der Träger der Karole von dem Zentrum, ist der geeignete Mann. Schon wiederholt hat er seine fühler ausgesprochen. Jetzt hält er den Augenblick für gekommen, in dem man bereits ein offenes Wort reden kann. Zeit das Zentrum braucht sich in keinem Stille nichts vergehen, es braucht nicht selbst mit dem Wähler zu beginnen. Die äußerliche Seite ist schon alles das „Ihre“. Selbst der „Reichsbote“ hat seine orthodox-protestantische Zentrumslehre überwinden, und sich auf ein „besseres“ Selbst besinnen, eingestanden, daß das Zusammengehen mit den Liberalen bestenfalls eine Mittelstufe sei, Reumütig tut er Aufhe wegen des Umschwungs vom Dezember 1906 und sieht: Komme wird, die ist alles vergeben! — Und in den Armen liegen sich beide.

Gedacht den Artikel des „Reichsbote“ ausnehmend formuliert Dr. Bachem in einem tiefen „unpolitischen“ Worte schon die Bedingungen, von denen die Bereitwilligkeit des Zentrums abhängen müsse, um sich dem Zentrum an. Es müßte dafür zunächst eine Vorbedingung geschaffen werden. Diese Vorbedingung ist die Einräumung eines Stilles im Präsidium des Reichstages für das Zentrum.

Das Zentrum ist am 13. Dezember 1906 brüskiert worden, das Zentrum sagte: „Reichsbote“ ein. Man hat die Präsidium nicht auch dadurch gestrichelt, daß man sie aus dem Präsidium des Reichstages verbannt hat. ... Wie die Dinge heute liegen, muß schon der Beginn der nächsten Reichstagsession zeigen, ob man auf eine positive Mitwirkung des Zentrums bei der Reichsfinanzreform rechnet. Bleibt der Ausschluß des Zentrums aus dem Präsidium bestehen, so ist das Zentrum nicht bereit, die Reichsfinanzreform ohne das Zentrum zu machen. Damit würde dann die abzuhebende Stellung des Zentrums von selbst in der Vordergrund, denn jede große parlamentarische Forderung muß zunächst verlangen, auf dem Wege der vollen Gleichberechtigung behandelt zu werden.

Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Regierung auf den vorgeschlagenen Handel eingeht. Des Weils der Konfessionen darf sie gewiß keine Heile sein. Die „kammerierten“ Mitteleuropäer werden natürlich dann die Freistimmigen sein!

Das deutsch-englische Wettstreiten.

Der englische Schahstanz Lord George ist von den „Times“ wegen der beachtenswerten Rede schief angegriffen worden, die er, wie wir berichteten, am Dienstag auf dem gegenwärtig in London tagenden Internationalen Friedenskongreß über die deutsch-englischen Beziehungen und über die Neutralität beider Mächte in Bezug auf die Vergrößerung ihrer Flotten gehalten hat. Die „Times“ machen dem Minister zum Vorwurf, daß er sich gegen das Prinzip der Gleichheit des Zweinächste-Schahstanz auszusprechen habe. Lord George wehrte sich in einem Schreiben an die „Times“ gegen diese falsche Auslegung seiner Rede. Er sagt in dem Schreiben unter anderem:

Ich wollte zum Ausdruck bringen, daß jener Zustand von Aggression und Verunsicherung, der bei allen Großmächten tabellarisch ist, noch mehr bei den Vereinigten Königreich zu bestehen, und zwar wegen der Stärke seiner Flotte. Ich hätte aus, daß, wie unsere Marine unser Land vor einer Invasion schützt und zu diesem Zweck auf dem Zweinächste-Standard gehalten wird, die deutsche Seemarine ihrerseits Deutschland vor einer Invasion schützt, aber von Deutschen Reich nicht auf dem Standard seiner beiden nächsten Nachbarn gehalten wird. Folglich sind Neutralität und Aggression, wenn auch an sich zu indifferenzen, doch natürlicher und weniger tabellarisch auf Seiten Deutschlands als auf der unserer. Ich bin sicher, daß diejenigen, die meine Rede wirklich angehört haben, die letzten sein werden, meine Rede als Angriff auf den Zweinächste-Standard auszuliegen.

Der Standpunkt, den der englische Minister in diesem Schreiben vertritt, ist durchaus logisch und gerecht. Wäre nicht sein Standpunkt der einzige Standpunkt zur Geltung zu bringen. Erst dann, wenn England sein Zehnjahresprogramm verringert, darf es von Deutschland erwarten, daß es dasselbe tut.

Wegen der Vermehrung der englischen Streitkräfte

richtet sich eine Eingabe, die gestern dem englischen Premierminister übergeben wurde, und die von 144 Mitgliedern der Parlamentarität unterzeichnet worden ist. In der Eingabe heißt es: England unterhalte mit den fremden Mächten Beziehungen, die die drohenden Gefahren verhehrt haben. Die Ausgaben, die die Regierung aufbringen, nämlich die Einmahnung, müssen das Land mit seinen verfallenden Bedürfnissen in Einklang zu bringen, müßten jetzt in den Vorbergang treten. Das Wohl des Landes erfordere, daß alle Anstrengungen entsprechend den Traditionen des Landes gemacht werden, um zu verhindern, daß Englands Kraft und Größe nicht weiter der Ausdehnung einer starken Militärmacht und der Unterhaltung einer Kriegsmarine geopfert werden. Auf die Stellungnahme des englischen Kabinetts zu dieser Eingabe darf man gespannt sein.

Schönings Kandidatur.

Die Annahme einer freistimmigen Landtagskandidatur während der letzten Landtagswahl figuriert, wie man weiß, unter den „Verbrechern“, die dem Bürgermeister von Hülum vorgeworfen werden. Gestern erhielt das „Welt-Tagebl.“ von Herrn Dr. Schüring ein Schreiben, worin er den Vorgang authentisch darstellt. Der Brief lautet wörtlich: In einem Beschlusse in den letzten Wochen vor der Landtagswahl erschien bei mir ein in Schleswig wohnender Beamter und teilte mir mit, er habe den Auftrag, mir zu sagen, ich solle möglichst bald meine Kandidatur beim Regierungspräsidenten zur Sprache bringen und die mir als gewöhnliche Aufgabe erscheinende, daß ich als Bürgermeister für die freistimmige Kandidatur in der Landtagswahl notwendig, um eine dänische zu verhindern. Ich lehnte es ab, diese Erklärung abzugeben. Datum, 28. Juni 1908. Dr. Schüring.

Der Versuch, Herrn Dr. Schüring zum Nachfolger eines von Regierungspräsidenten gewünschten Kandidaten einer Handlung zu bestimmen, die zu entscheiden er nicht die geringste Verantwortung hat, rechtlich würdig auf den anderen Vorbedingung dieser schonen Geschichte an. Der Reichstanzler und der Minister des Innern befinden sich heute in Berlin. Wird man nun endlich hören, wie sie über den unerbötlichen Vorgang denken?

Der nicht beständige Rektor.

Auf dem Gebiete der holländischen Lehrerbildungspolitik wurde Bekämpfung politischer Gauder die neue große Tat vollbracht worden. Aus Kolberg wird uns berichtet: Rektor Jubs in Kolberg, Vorsitzender des über 4000 Mitglieder zählenden Pommerischen Provinzial-Lehrervereins, ist als Mitglied der Schuldeputation an Kolberg von der königlichen Regierung zu Kollin nicht beständig worden! — Rektor Jubs kandidierte 1907 in der Reichstagswahlkommission als Kandidat der freistimmigen Vereinigten Liberalen und Nationalliberalen im Wahlkreis Kolberg-Kollin. Und so etwas darf ein preussischer Lehrer nicht tun!!!

Reaktionärer Kuhhandel.

Daß die Wahlreform in Preußen abermals auf die lange Bank geschoben wird, nachdem die Regierung ihr reaktionärer Abgeordnetenhaus glückselig ins Exodent gebracht hat, steht fest. Aber das genügt der Konfessionen noch nicht. In den Antiklerikalen Mittelungen des konfessionellen Reiches für die Provinz Brandenburg ist jetzt das Folgende zu lesen:

Sobald im Herbst die Wahlrechtsanträge der Gewonnen in Landtage kommen werden, würde es sich empfehlen, der Regierung als Richtschnur für die Vorhaben die Regierung mit auf den Weg zu geben, die Lösung der holländischen Wahlrechtsfrage in einem Zusammenhange mit einer Reform des Gemeindevahlrechts und nicht minder des Reichstagswahlrechts zu bringen. Gemüde der Gerechtigkeit und Billigkeit sprechen dafür, und diesen kann und darf sich eine einsichtsvolle Regierung niemals verschließen. Jedemfalls kann, ja muß erwartet werden, daß nicht früher an dem preussischen Wahlrecht herangeht, bis eine Einigung über die gleichzeitige Reform des Gemeindevahlrechts gefunden ist.

Also wagt mit dem geheimen Wahlrecht: Das ist die Grundlage, auf der Konfessionen quaddig wegen einiger Venderungen am preussischen Wahlrecht mit sich reden lassen wollen. Das war zu erwarten.

Die Einigungsverhandlungen beim Vulkan.

Aus Seltin wird uns berichtet: Nachdem sich die ausgearbeiteten Arbeiter des Vulkan vereinbigen mit den Bedingungen, die Direktion befristet haben, fanden gestern nachmittags abermals Einigungsverhandlungen im Direktionsgebäude des Vulkan statt. Die Arbeiterkommissionen lösten hierbei noch einige Verhandlungen betreffs der Lebensunterstützung an. Die Direktion hielt sich doch im wesentlichen an ihren Bedingungen, nämlich daran, daß von den Arbeitern bis zur Fertigstellung des großen Komplexes „George Washington“ mindestens 3750 Arbeiterstunden geleistet werden müßten, um den Dampfkonsummäßig am 22. Oktober von Stapel laufen lassen zu können. Die

Direktion empfahl den Arbeiterkommissionen, den Forderungen in ihrer Gesamtheit die Annahme der Bedingungen, die Direktion nahe zu legen, damit die Beschäftigung endlich aufgehoben werden könne. Die Arbeiter werden in einer neuerdings abgehaltenen Versammlung zu der Sachlage Stellung nehmen.

Urtal für stillende Mütter.

Das Kriegsministerium hat verfügt, daß von den Direktionen der Militärärzterkassen in Sanbau den dort bestellenden Arbeiterinnen, die selbststillende Mütter sind, mittags ein Urlaub bis zu drei Stunden ohne Lohnabzug gewährt werde, damit sie in der Lage sind, sich zu ihren im Säuglingsheim in Pflege befindlichen Kindern zu kümmern. — Diese Bestimmung gilt allen großen Privatbetrieben, in denen Frauen beschäftigt werden, zur Nachahmung empfohlen.

Das Rauchverbot wieder aufgehoben.

Für die zahlreichen Raucher unter den Reisenden, die das erst kürzlich eingeführte Rauchverbot in den Seilwagenen höchst schmerzhaft berührt, kommt eine erträgliche Abhilfe durch die Vorschriften des Deutschen Eisenbahnverkehrsverbands. Sind die frühesten Bestimmungen über das Rauchen in den Seilwagenen wieder in Kraft gesetzt. Demnach ist das Rauchen in einem zu diesem Zwecke festlich gemachten Stille des Seilwagenes gestattet. Nur während der gemeinlichlichen Wahlzeiten hat dieses zu unterbleiben, genau so wie es früher war. Danach scheinen die unzähligen Beschwerden über diese Verordnung doch von Nutzen gewesen zu sein. Ausschlag erdient es, daß die Bestimmungen, die schon vom 1. Mai 1905 datieren, bisher dem Publikum nicht bekanntgegeben sind.

Eine Militärrevolution in Smyrna.

Nach einer Meldung der „Frank. Ztg.“ aus Konstantinopel vom 29. d. M. hat die Garnison von Smyrna den Generalgouverneur der dortigen Provinz sowie den Plakotommandanten abgesetzt. Ferner wurde in Adin der Mutejarrif von Militär verhaftet.

Der Eid auf die Verfassung.

Der Sultan hat, wie weiter aus Konstantinopel berichtet wird, gegen die Verfassung feierlich beschworen. Der Eid war öffentlich. Scheich Ismail sagte dem Sultan die folgenden Worte: Herrscher, ich bin der Sultan, das ist die Konstitution beschließen und befolgen werde.

Inzwischen scheint sich aber bereits die Reaktion vorzubereiten. Wie der „St. Ag.“ aus Konstantinopel berichtet wird, wird in angeblich ersten Kreisen eine nicht unbeneidliche Gefahr in dem Umstand erblickt, daß die Jungtürken ein höherer Rang der bisher im Auslande verbannt lebenden Türken nach Konstantinopel hatten, die im Sinne republikanischer Forderungen die ruhig und vernünftig denkenden Elemente“ auf ihrer Seite zu ziehen trachten. Wenn der erste Begeisterungszustand verfliegen ist, werden auch in der Türkei sich die Dummelänner wieder hervorzuzeigen.

Das Programm der Jungtürken.

Wie dem Londoner „Daily Telegraph“ aus Konstantinopel berichtet wird, sind alle bisher getrossenen Wahlsregeln vor der jungtürkischen Komitee mit den Führern der nachgehenden Bewegung ausgearbeitet worden. Das Komitee verlangt strenge Durchführung der Konstitution. Ferner sind alle darin eingetragene die Abschaffung der Kamarilla, die den Sultan umgibt, das erste Ziel sein muß. Das Komitee beschäftigt sich bereits mit den Vorarbeiten für die Wahlen, um den Jungtürken die Mehrheit in Parlament zu verschaffen.

Der Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse“ in Saloniki teilt seinen Warte aus einer Unterredung mit über die folgende Konversation mit: Die Jungtürken werden nun die Agitation für die Parlarmentswahlen im ganzen Reiche aufnehmen. Der Ausschluß der christlichen Bevölkerung ist gefordert, auch mit den Bulgaren, weil die Jungtürken ein geworden. Die zinsfreie geordnete Bevölkerung verdrängt, die Jungtürken zu unterliegen. Ender erklärte ferner: „Auch wir müssen noch längere Zeit mit den europäischen Mächten verhandeln; wird sind aber bestrebt, Europa zu zeigen, daß wir Züren und selbst reformieren und etwaige Einmischungen überflüssig machen können.“

Ueber die Haltung Bulgariens

Gegenüber der neuen Lage der Dinge in der Türkei berichtet ein offizielles Telegramm des Wiener „Korrespondenz-Bureau“ aus Sofia: Gegenüber Nachrichten, die über eine freigelegte oder faulig gewordene Haltung der bulgarischen Regierung gegen die Jungtürken zu unterliegen, wird an unabhängige Stelle erklärt, daß die Regierung die Entscheidung der Dinge in der Türkei zwar mit großem Interesse verfolge, aber von den freischlichen Rücksichten befreit sei und die Hoffnung hege, daß die weitere Entwicklung der Dinge einen ruhigen, allseitig betriebsigen Verlauf nehmen werde.

Der Kampf gegen die Erbschaft.

Nach einem Telegramm aus New York (Wasschiffst.) erklärte dort der Attorney-General Bonaparte (der amerikanische Justizminister), die Regierung werde es sich endlich angelegen sein lassen, die Revision der jüngsten gerichtlichen Entscheidung in dem Verfahren gegen die Standard Oil Company durchzuführen. Alle gegen diese Gesellschaft und andere Interessenvereinigungen erhobenen Beschwerden wegen Gebens oder Nehmens von Rabatten würden zur Unterdrückung gelangen. Die New-Yorker Zeitungen melden, daß die Canadian Pacific, die Great Northern, die Union Pacific, die Northern Pacific, die Southern Pacific, die Atchafon Topica und Santa Fe und die Oregon Short Line-Eisenbahnen befangen haben. Sie würden den Exportverkehr nach China, Japan, Neu-Seeland und Australien